

Antrag I-5**SPD-Unterbezirk Region Hannover****Antrag zum Verbot von Waffenexporten**

1 Der SPD-Bezirk Hannover setzt sich dafür ein, dass
2 zukünftig Waffenexporte aus Deutschland heraus
3 höchstens an NATO-Bündnispartner erfolgen, die
4 garantieren, dass die Waffen nicht in die Hände Drit-
5 ter gelangen.

6

7 Begründung

8 Nach Art. 26 Abs.1 GG sind Handlungen, die geeig-
9 net sind und in der Absicht vorgenommen werden,
10 das friedliche Zusammenleben der Völker zu stören,
11 insbesondere die Führung eines Angriffskrieges vor-
12 zubereiten, verfassungswidrig und nach Satz 2 unter
13 Strafe zu stellen.

14 Die Regelung des Art. 26 Abs.2 GG regelt das Ver-
15 fahren für die Herstellung, Beförderung und das In-
16 verkehrbringen von Kriegswaffen, stellt jedoch kei-
17 ne Ausnahme zu der Regel des Art. 26 Abs.1 GG dar.

18 Dennoch werden Kriege und Bürgerkriege weltweit
19 unter zunehmender Beteiligung deutscher Waffen
20 geführt – massive Bürgerkriegshandlungen in Liby-
21 en wurden mit Waffen aus deutscher Produktion ge-
22 führt, selbst an den Giftgaseinsätzen in Syrien im
23 August 2013 waren deutsche Produzenten mit betei-
24 ligt.

25 Höhepunkt der menschenunwürdigsten Rüstungs-
26 exporte war im Jahr 2011 der von der schwarz-
27 gelben Bundesregierung veranlasste Export von 200
28 Leopold-Panzern an das nicht gerade für die Ach-
29 tung demokratischer Prinzipien und Menschenrech-
30 te bekannte Saudi-Arabien, in welchem homosexu-
31 elle Menschen mit der Todesstrafe bedroht und Re-
32 gimegegner willkürlich hingerichtet werden.

33 Nach neuen Berichten sollen mittlerweile größere
34 Waffenbestände, die von Deutschland an die kurdi-
35 schen Peschmerga geliefert worden sind, an den IS
36 weiterverkauft worden sein.

37 Seit vielen Jahren gehört Deutschland zu den vier
38 größten Waffenexporteuren der Welt.

39 Dieser unhaltbare Zustand muss aus Gründen des
40 Völkerrechts und der Menschenrechte unverzüglich
41 ein Ende finden.

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK**

Wir setzen uns dafür ein, dass zukünftig Waffenex-
porte aus Deutschland heraus höchstens an NATO-
Bündnispartner erfolgen, die garantieren, dass die
Waffen nicht in die Hände Dritter gelangen.